

Inhalt:

1. **Klimastreik am 29.11.2019 in Pinneberg**
2. **CDU-Wirtschaftsminister Altmaier plant ein Anti-Windkraft-Gesetz**
3. **Nach Attac verliert auch Campact die Gemeinnützigkeit**
4. **Bauernproteste in Hamburg**
5. **Online-Aktionen und -Petitionen**

Liebe Leserinnen und Leser,

Fridays for Future ruft zum 4. globalen Klimastreik auf!

Den „großen Wurf“ kündigte die Bundesregierung für den Klimaschutz an – doch verabschiedet hat die Große Koalition ein unwirksames und sozial ungerechtes Klima-Päckchen. Der **BUND** teilt die Empörung der Schüler*innen über das klimapolitische Versagen der Bundesregierung.

Deshalb unterstützt der **BUND** in einem breiten Bündnis den Aufruf zum weltweiten Klimastreik am Freitag, den 29. November um 12:00 Uhr auf dem Lindenplatz (Dingstätte, Ecke Lindenstraße) in Pinneberg.

Der Protest und die Forderungen der Schüler*innen von Fridays for Future sind notwendig, um die Klimakrise zu stoppen. Konsequenter Klimaschutz erfordert eine grundlegende öko-soziale Wende – und zwar jetzt!

Teilnehmer*innen aus Elmshorn und Umgebung treffen sich spätestens um 11:15 Uhr (Abfahrt 11:23 Uhr) am Elmshorner Bahnhof zur gemeinsamen Fahrt nach Pinneberg. Erkennungszeichen: eine **BUND**-Fahne.



2. CDU-Wirtschaftsminister Altmaier plant ein Anti-Windkraft-Gesetz

Zitat aus der Publikation des Umweltbundesamtes „Treibhausgasneutrales Deutschland im Jahr 2050“:

„Die Emissionen im Energiesektor sinken von 1.028 Mio. t CO₂Äq¹) im Jahr 1990 auf nahezu Null im Jahr 2050. Dies ist möglich, indem vollständig auf erneuerbare Energien umgestellt wird und die Effizienzpotenziale zugleich weitgehend ausgeschöpft werden. Über eine vollständige regenerative Stromversorgung hinaus, wird auch eine vollständig regenerative Versorgung mit Brenn- und Kraftstoffen aufgezeigt. Die Folge davon ist ein **sehr stark ansteigender Stromverbrauch** um alle Sektoren zu versorgen: Der langfristige Endenergiebedarf an Strom in einem treibhausgasneutralen Deutschland (...)“ beträgt „in einer groben Näherung (...) rund 3.000 TWh/a²).“ (z. Vergleich: 2016 lag der Gesamtstromverbrauch bei 516 TWh).

Durch eine echte Mobilitätswende (mit Vermeidung nicht unbedingt notwendigen Personen- und Güterverkehrs sowie Vorrang für Bahn-, Bus-, Fahrrad- und Fußverkehr), eine echte Agrarwende (u.a. mit deutlich reduzierter Tierhaltung), eine echte Ökologisierung der Wirtschaft und einen gewaltigen Kraftakt

bei der Verbesserung des Wärmeschutzes im Altbaubestand ließe sich der für 2050 prognostizierte Strombedarf sicherlich reduzieren. Nach dem Willen der Bundesregierung soll aber alles unbegrenzt weiter wachsen, also beispielsweise auch der motorisierte Individualverkehr, der Güterverkehr, der Luftverkehr, die Massentierhaltung (Ziel: Exportwachstum bei „tierischen Erzeugnissen“), der Konsum etc. Eine Reduzierung der Strombedarfsprognose ist also nicht in Sicht.

2018 betrug die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien ca. 225 TWh. Bei einer „vollständigen Umstellung auf erneuerbare Energien“ (s.o.) müsste sich diese also bis 2050 mehr als **verdreizehnfachen**. Und was macht CDU-Wirtschaftsminister Altmaier? Plant ein Anti-Windkraft-Gesetz mit einem Mindestabstand von 1000 m zwischen Windenergieanlagen (WEA) und Siedlungen, (eine Siedlung ist laut Gesetzentwurf eine „zusammenhängenden Bebauung mit mehr als fünf Wohngebäuden“) mit der Folge, dass ein weiterer Ausbau der Windenergie fast unmöglich wird. Viele Bestands-WEAs liegen in Gebieten, die weniger als 1000 m von der nächsten Siedlung entfernt sind. Sobald diese Anlagen an ihr Lebensende kommen, würden sie ersatzlos rückgebaut. Folge: Etwa ab Mitte der 2020er-Jahre würde die WEA-Leistung sogar rückläufig sein, wenn das Altmaiersche Anti-Windkraft-Gesetz kommt.

Man reibt sich erstaunt die Augen und fragt sich, wie Altmaier sich das vorstellt. Vielleicht glaubt er ja, dass der Strom aus der Steckdose kommt und dass sich das Problem mit einer Verdreizehnfachung der Anzahl der Steckdosen lösen lässt. Oder dass ihm der liebe Gott einen Super-Genie schickt, der eine „Innovation“ entdeckt, die auf wundersame Weise aus einer TWh dreizehn macht. Vielleicht ist es ihm aber auch schlicht egal, ob Deutschland seine selbst gesetzten Klimaziele einhält. Die Wegmarke für 2020 ist ohnehin schon gerissen und bis zur nächsten Wegmarke (2030) ist (aus Politiker*innen-Sicht) noch unendlich viel Zeit. Oder hat er vielleicht einfach nur vor, die WEAs im Land anders zu verteilen? Kommt dann die Streichung von Naturschutzaufgaben für WEAs? Werden sie dann in Naturschutzgebieten, Vogelzugkorridoren und anderen natursensiblen Bereichen aufgestellt? Dagegen würden natürlich die Naturschutzverbände protestieren und klagen. Und was kommt dann? Kaltstellung der Naturschutzverbände durch Entzug der Gemeinnützigkeit und des Klagerechts (s.u.)?

Bei Campact kann man sich einer [Protestaktion](#) gegen das Anti-Windkraft-Gesetz anschließen.

In diesem Zusammenhang muss natürlich auch erwähnt werden, dass es die 1000 m-Abstandsregel in einer etwas anderen Variante bei gleichzeitiger Lockerung von Naturschutzanforderungen in Schleswig-Holstein schon gilt, eingeführt durch die „Jamaika“-Koalition, eine von mehreren (zusätzlichen) „Kröten“, die die Grünen nach dem Verlust der Mehrheit für die „Küsten“-Koalition schlucken mussten.

¹⁾ CO₂-Äquivalent

²⁾ Terawattstunden pro Jahr

3. Nach Attac verliert auch Campact die Gemeinnützigkeit

Organisationen, die sich mit Kampagnen für den Schutz der Umwelt, der Natur, des Klimas, der natürlichen Lebensgrundlagen für zukünftige Generationen, für eine nachhaltigere Landwirtschaft, fairen Welthandel, eine gerechtere Gesellschaft, Menschenrechte, eine wirksamere Kontrolle und Regulierung der Finanzmärkte und transnationaler Konzerne, gegen Steuerraub (Cum-Ex), -vermeidung, -tricks und -betrug, gegen Sonderklagerechte für transnationale Konzerne etc. einsetzen, sind den Mächtigen in Wirtschaft und Politik ein Dorn im Auge. Sie suchen deshalb nach Wegen, solche Organisationen zum Schweigen zu bringen, z.B. indem ihnen die Gemeinnützigkeit aberkannt wird. Folge für die betroffenen Organisationen: Hohe Steuernachzahlungen, Unsicherheit, weitere Kosten durch viel Mehrarbeit sowie weniger Spenden, da die nicht mehr steuerlich absetzbar sind. Das Kalkül: „Unbequemen“ Organisationen den Geldhahn zudrehen, um so „unbequeme“ Kampagnen zu verhindern. Solche Angriffe auf die Zivilgesellschaft kennt man in der EU bisher nur aus Ungarn oder Polen.

Die solidarische Zivilgesellschaft ist jetzt erst recht aufgefordert, die betroffenen Organisationen – das sind bis jetzt [Attac](#) und [Campact](#) – mit Spenden zu unterstützen. Das wäre ein Signal an die Mächtigen in Wirtschaft und Politik: „Wenn Ihr versucht, uns einzuschüchtern, erreicht Ihr genau das Gegenteil.“

Und: Bitte unterstützen Sie die Online-Petition „[Die Zivilgesellschaft nützt der Gemeinschaft](#)“

Übrigens: Eingefädelt wurde dieser Angriff auf die Zivilgesellschaft vom ehemaligen Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU). Wie, das steht in unserem [Rundbrief](#) vom April 2019. Politiker*innen der CDU bejammern eine „Verengung des politischen Diskurses“ durch die Studentenproteste gegen AfD-Gründer Bernd Lucke an der Uni Hamburg. Aber wie so oft, sprechen Politiker*innen dieser Partei mit gespaltener Zunge. Erkennen sie nicht, dass das Kaltstellen „unbequemer“ Organisationen durch Entzug der Gemeinnützigkeit ebenfalls eine „Verengung des politischen Diskurses“ ist? Oder gehört es zu ihrem Demokratieverständnis, dass eine „Verengung des politischen Diskurses“ richtig und erlaubt ist, wenn dadurch ihre Kritiker mundtot gemacht werden?

4. Bauernproteste in Hamburg

Man könnte ja Verständnis für die Proteste der Bauern haben, wenn sie zum Beispiel für faire Erzeugerpreise demonstrieren würden, statt gegen Umweltauflagen, die sie als „übertrieben“ bezeichnen, die aber – gemessen daran, was notwendig wäre – bei Weitem nicht ausreichen. Und wenn sie – wie „normale“ Demonstranten – zu Fuß demonstrieren würden, statt mit Trecker-Sternfahrten über große Distanzen Hunderte Tonnen des Klimagases CO₂ und Schadstoffe in die Luft zu blasen.

Klar, wenn unsere Landwirtschaft mit dem Weltmarkt konkurrieren muss, wo es teilweise noch laschere oder gar keine Umweltauflagen gibt, kann es keine fairen Preise geben. Das liegt u.a. daran, dass die EU vor allem auf Druck der deutschen Regierung mit aller Welt Freihandelsabkommen vereinbart, die den EU-Markt für Agrarimporte öffnen, egal unter welch katastrophalen Bedingungen sie erzeugt werden, damit im Gegenzug zum Beispiel deutsche Autokonzerne ihre klimaschädlichen übermotorisierten „Premium“-Fahrzeuge zollfrei in alle Welt liefern können.

Schade, dass viele Landwirte nicht verstanden haben (und der Bauernverband schon gar nicht), dass nicht Umweltauflagen, sondern die in vielen anderen Punkten verfehlte Agrarpolitik der Bundesregierung und der EU das Problem sind. Die Umweltauflagen sind nur insofern zu kritisieren, als sie viel zu lasch sind, um die Probleme (Artensterben, Nitrat und Pestizidrückstände in Lebensmitteln und im Grundwasser, leidende Tiere und Antibiotikamissbrauch in Massentierställen etc.) zu lösen.

5. Online-Aktionen und -Petitionen

- Keine Ölförderung im Nationalpark Murchison Falls (Uganda): <https://www.regenwald.org/petitionen/1200/bitte-unterschreibt-dringend-lasst-das-oel-im-boden?mtu=454700620&t=5943>
- EILPROTEST: Stoppt sinnlose Fällungen in mehrfach geschützten und einzigartigen Leipziger Auwäldern: https://www.change.org/p/w%C3%A4lder-sind-keine-holzfabriken-es-reicht-wir-fordern-ein-neues-bundeswaldgesetz-juliakloekner-svenjaschulze68/u/25360660?cs_tk=Ar6rKNHzFvekAvMU1F0AAXicyyvNyQEABF8BvYjCW0pmlekUBdeyGiS1I%3D&utm_campaign=b7898a64b070490489600c26da263dae&utm_medium=email&utm_source=petition_update&utm_term=cs

--

Mit freundlichen Grüßen
BUND-Kreisgruppe Pinneberg